

W 1096

Zeile
Kraut.

bedruckt vom
für Gemüse
müßers vom
für Gemüse,
dem Gelege
014 werden
Stadtfreis
Reinhandel

beste Ware:
7 Bg.
11
11
9
4
6
5
8
11
18
16

ist der Ver-

lande ein-
Magistrats,
bestimmten
angegebenen

Ein- und
Anlagestelle,
alle ist be-
ngen.

en werden.
tend die
4, in Ver-
anuar 1915
en hiernach

ng in Kraft.

Magistrat.

aden
ritzstr. 49.

Amme. W
und Ver einen
0100)

orgon
rieger-

reiner

u.

er.

nachm.
W 1124

band

kurzer,
Mitglied

er

W 1125

ren.

altung.

ar, nach
aus statt.

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Versandt an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegraphisch-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Gekoppelte Zeitungs- und Anzeigen-
Anstalt in Wiesbaden, die die fällige Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden ausgegeben
sein. Schluß der Inseratenaufnahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Polstschiffkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 -- Expedition: Weiskirchstr. 9, Telephon 5715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 50

Dienstag den 29. Februar 1916

27. Jahrgang

Das „leere Gehäuse“ der Festung Verdun.

Amerikanisch-deutsche Verhandlungen.

Die Ursachen der „Verwahrlosung der Jugend“

Gerade zur rechten Zeit ist kürzlich ein interessantes
Buch erschienen, das der am 28. Oktober 1913 verstorbene
Direktor der öffentlichen Jugendfürsorge in Hamburg, Dr.
Johannes August Petersen, kurz vor seinem Tode fertigge-
stellt hat und das von der Deutschen Zentrale für Jugend-
fürsorge herausgegeben worden ist. Es enthält eigentlich
nichts Neues. Aber es gibt, neben dem Bilde der Jugend-
fürsorge, eine recht wertvolle Darstellung aller der Ursachen,
aus denen heraus, wie jahrelange wissenschaftliche Forschun-
gen ergeben haben, die sogenannte „Verwahrlosung der
Jugend“ zu erklären ist. Und da jetzt die Tageszeitungen
von einer bedenklichen Zunahme der Verwahrlosung und der
Kriminalität der Jugendlichen zu berichten wissen, die
Landesparlamente sich mit dieser Erscheinung befassen und
die Behörden sich zu überlegen suchen, wie die vielfach ver-
schärften Polizeimaßnahmen gegen die Jugend, so erscheint
es angebracht, die hervorragendsten Autoritäten auf dem Ge-
biete der Jugendfürsorge wieder einmal zu Wort kommen
zu lassen!

Die psychische Veranlagung der Kinder spielt
bei der Verwahrlosung und Kriminalität eine große Rolle.
Alle Untersuchungen hervorragender Psychiater, wie Rönke-
müller, Cremer, Rigors u. a. haben ergeben,
daß mindestens 50 Prozent aller fürsorge-
bedürftigen geistig nicht normal sind, während
sich bei den übrigen eine erbliche Belastung nicht feststellen
ließ. Schädigungen bei der Geburt, Kinderkrankheiten, Un-
fälle, vor allem aber Nervenkrankheiten oder Trunksucht,
Syphilis, Tuberkulose der Eltern sind die Ursachen des geistigen
Defekts der Kinder. Solche Kinder werden vielfach
kriminell bei bester Erziehung in guten wirtschaftlichen Ver-
hältnissen. Wachsen sie im Elend und ohne genügende Auf-
sicht und Erziehung auf, dann „verwahrlosen“ sie in der Re-
gel. Dagegen gibt es nur ein Mittel: die öffentliche Jugend-
fürsorge, die rechtzeitige Hilfe von Staat und Gemeinden.
Verfügen diese, dann nimmt die Verwahrlosung und die
Kriminalität der Jugendlichen zu. Und die Darstellung, die
Dr. Petersen, ein anerkannter Sachkenner, von dem derzeitigen
Stande der Jugendfürsorge gibt, beweist, daß Gesell-
schaft und Staat hier gerätet: Noch Schuld tragen an der
Zunahme der „Immoralität“ und der Verbrechen unter den
jugendlichen Personen.

Nach den Armenverordnungen in Preußen, Hessen, Sachsen-
Weimar, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Alten-
burg, Sachsen-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt,
Waldeck, Meckl. v. L., Meckl. v. P., Schaumburg-Lippe, Lübeck
und Bremen sind die Gemeinden nicht verpflichtet, im Falle
der Hilfsbedürftigkeit neben Kleidung, Nahrung, Obdach
und Krankenpflege auch Erziehung zu gewähren und durch
Aufwendung für erzieherische Zwecke für ein menschenwürdi-
ges Fortkommen des Kindes zu sorgen. Viele Armenverbände,
sagt der Verfasser, erfüllen diese Aufgabe, auch ohne dazu
gesetzlich verpflichtet zu sein. Andere tun dies nicht. Auf
die gesetzlichen Vorschriften sich berufend, liefern sie lediglich
den äußeren Lebensunterhalt, das zur Fristung des körper-
lichen Lebens Erforderliche. „So werden sie vielfach schuldhaft
an der Verwahrlosung der Kinder.“

Also auch selbst für die Erziehung derjenigen Kinder ist
nicht genügend gesorgt, die direkt sittlich gefährdet sind. Wenn
ein Kind durch eheliches oder unfamilien, schuldhaftes Ver-
halten der Eltern gefährdet wird, hat zwar das Vormund-
schaftsgericht die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze des
Kindes zu treffen. Besonders häufig entzieht das Vormund-
schaftsgericht den Eltern oder dem Vater (Staufer!) das Recht
der Sorge für die Person des Kindes, bestellt einen Pfleger
und beschließt die Unterbringung des Kindes in einer Familie
oder Anstalt. Dem Vormundschaftsgericht stehen aber keine
eigenen Mittel zur Durchführung dieser Anordnung zur Ver-
fügung. Wenn nicht das Kind eigenes Vermögen hat oder
der Vater freiwillig die Kosten der Unterbringung trägt —
was er selten tut, wird meistens auch gar nicht kann — oder
ein wohlthätiger Verein die Kosten der Versorgung des Kindes
übernimmt, besteht die Gefahr, daß der Beschluß des Vor-
mundschaftsgerichtes unausgeführt bleibt und es kann der
Schutz des Kindes vor Verwahrlosung dann nicht erfolgen,
wenn nicht die Armenbehörde eintritt. Viele Gemeinden
lehnen es aber ab, für die Erziehung des Kindes zu sorgen,
weil sie gesetzlich nicht dazu verpflichtet seien. Und wie Dr.
Petersen mitteilt, beschuldigt ein bekannter Vormundschafts-
richter Armenverbände, daß sie Kinder absichtlich verwahr-
losen lassen, um die Voraussetzungen der staatlichen Fürsorge-
erziehung zu verwirklichen und dadurch selbst von den Kosten

der Armenpflege befreit zu werden. Der Amtsgerichtsrat
Landsberg in Penzance schrieb in Nr. 1, Jahrgang 1912, des
Rheinischen Fürsorgeerziehungsblatts „Das Armenpflege-
recht bezüglich hilfbedürftiger Kinder, zumal der Waisen,
muß dahin geändert werden, daß ein Anspruch auf notdürfti-
ge Erziehung begründet wird. Sonst lassen die vielen,
ohnehin groß nachlässig unterbringenden Armenbehörden ab-
sichtlich Kinder ohne Erziehung verlottern, damit die Für-
sorgeerziehung sie ihnen abnehmen muß. Die Erziehung der
unehelichen und Waisenkinder ist derzeit, auch von der
„Reinpfleget“ abgesehen, vielfach schlechter als die Fürsorge-
erziehung. Aus Armen- und Waisenhäusern kommt ein
größerer Prozentsatz verdorbener Existenzen als aus der
Fürsorgeerziehung.“

Das ist nur ein kleiner Teil der Anklagen, die von dem
Sachkenner gegen Gesellschaft und Staat in bezug auf die
Verwahrlosung der Jugend erhoben werden. Während des
Kriegs haben sich diese Zustände noch verschlimmert, weil die
Jugendfürsorge hinter den Gemeinden aus der Kriegs-
fürsorge erwachsenden Aufgaben zurückstehen mußte. Ander-
erseits hat man sich bemüht, wenigstens gegen die schlimm-
sten Auswüchse vorzugehen, oft freilich allzuoft nur mit Ver-
boten, statt mit positiven Maßnahmen. Soffentlich wird nach
Kriegsbeginn die Jugendfürsorge endlich in einheitlicher und
archaischer Weise gesetzlich geregelt. Denn daß auf diesem
Gebiete noch alles zu tun ist, dafür bringt das Buch von Dr.
Petersen die unüberwindlichen Beweise.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 28. Febr. (W. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artilleriekämpfe erreichten vielfach größere Festig-
keit. An der Front nördlich von Arras herrscht fortgesetzt
lebhaftes Minentätigkeit; wir zerstörten durch Sprengung
etwa 40 Meter der feindlichen Stellung.

In der Champagne schritten nach wirksamer Feuer-
vorbereitung unsere Truppen zum Angriff beiderseits der
Strecke Somme-V. Souain. Sie eroberten das
Gehöft Navarin und beiderseits davon die französische
Stellung in einer Ausdehnung von über 1600 Meter
und machten 26 Offiziere, 1009 Mann zu Gefangenen und er-
beuteten 9 Maschinengewehre und 1 Minenwerfer.

Im Gebiet von Verdun erschöpften sich wiederum neu
herangeführte feindliche Massen in vergeblichen Angriffsver-
suchen gegen unsere Stellungen in und bei der Feste Doua-
mont sowie auf dem Vardamont. Unsererseits wurde
die Maasbalbinsel von Champeville vom Feinde
erobert. Wir schoben unsere Linien in Richtung auf
Vacheranville und Bras weiter vor. In der
Woivre wurde der Fuß der Côte de Lorraine von Osten her
an mehreren Stellen erreicht.

Ostlicher und Balkankriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 28. Febr. (W. V. Nichtamtlich.) Amtlich
wird verlautbart: 28. Februar 1916.

Russischer und italienischer Kriegsschauplatz.

Nichts von besonderer Bedeutung.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen haben in Durazzo bis jetzt an Dente
eingebracht: 23 Geschütze, darunter 5 Küstengeschütze, 10 000
Gewehre, viel Artilleriemunition, große Verpflegungsvor-
räte, 17 Segel- und Dampfschiffe. Allen Anzeichen zufolge
ging die Flucht der Italiener auf ihre Kriegsschiffe in größter
Unordnung und Hast vor sich.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Schlacht bei Verdun.

Gestern haben die Kämpfe um Verdun Begleitmusik
auf der übrigen Westfront erhalten. Nach dem deutschen
Tagesbericht machten wir ganz bedeutende Gewinne in der
Champagne, und auch in Oberesah hält die er-
lebte Kampftätigkeit an. Wie der Sonderberichterstatter der
„Kölnischen Zeitung“ meldet, ist allenthalben in den südlichen
Provinzen und im Sundgau starker Geschützdonner zu hören.
Besonders lebhaft sei das Feuer im Tal von Megera und
in der Umgebung von Altkirch, wo lebhafte ein Vorstoß
bei Heidweiler stattfand, sowie in der südlichsten Gegend
der deutschen Front, an der Schweizer Grenze. Auch hier habe
letzter Tage bei Oberesah durch die wohl vorbereitete Weg-
nahme eine französische Stellung eine wesentliche Verbesse-
rung der deutschen Linie stattgefunden.

Die Schlacht bei Verdun selbst machte anscheinend
gestern kleinere Fortschritte. Teilweise wogte der Kampf
noch um die von uns gewonnenen Punkte in der nördlichen
Frontlinie, gegen die die Franzosen wiederholt vergebliche
Angriffe führten. Teilweise nisteten sich unsere Truppen
dort breiter und fester ein, wo der französische Widerstand
endlich nicht mehr geleistet wurde, wie im Nordwesten vor
Bras und im Osten am Fuß der Côte de Lorraine. Die Ge-
samtheit dieser Bewegungen bedeutet eine weitere Zurück-
drängung des Gegners.

Die neueste französische Debatte ist, daß Verdun gar
keine ernsthafte Festung mehr gewesen sei.
Die Londoner „Times“ schreibt darüber in einem Leitartikel:
„Wie die Franzosen gestern meldeten, wurde das Fort
Douaumont in den ersten Kriegsmomenten abgerüstet,
und es befanden sich keine Kanonen und keine Mannschaften
darin. Diese Erklärung sei ebenso wichtig, wie einfach.
Moderne Forts seien dazu verurteilt, fallen für Kanonen-
feuer zu werden, wie Nützlich beweise. Als Sarraut die ganze
Strecke vor Verdun zu verstärken begann, wären die Kanonen
aus dem Fort Douaumont und vielleicht auch aus anderen
Stellen entfernt und in gedeckten Stellungen gebracht worden.
Die Deutschen hätten also nur ein verlassenes Wahrwerk ge-
funden. Man muß Verdun als einen Teil der Linie der
Verbündeten betrachten und nicht als eine Festung mit be-
sonderen Attributen. Permanente Fortifikationen sind in
diesem Kriege wegen der großen Kraft der schweren Geschütze
nicht länger von Bedeutung, und alles, was bisher geschehen
ist, ist, daß ein besonders verundbar vorstehender Teil
der Front eingedrückt ist, ebenso, wie dies an anderen der-
artigen Punkten schon früher geschehen ist.“ Wenn unseren
Gegnern dieser Trost genügt — wir haben nichts dagegen
einzuwenden.

Der militärische Sachverständige der
„Times“ schließt seine Betrachtungen folgendermaßen:
„Der Preis, den der Feind bezahlt hat, scheint außerhalb jedes
Verhältnisses zu dem Gewinn zu liegen, und die allgemeine
Sicherheit der Linie der Verbündeten wird nicht ernsthaft be-
droht. Das würde selbst nicht der Fall sein, wenn das ge-
samte rechte Ufer der Maas bei Verdun in deutsche Hände
fiel. Man kann jede Stellung dort nehmen, wenn der Feind
eben bereit ist, den Preis zu bezahlen, den wir von ihm for-
dern. Der Verlust dieser kleinen Terrains wird natürlich nicht
gleichgültig aufgenommen werden, aber er ist keine Lebens-
frage. Das Vergste wäre für Voffre, daß er gestanden wird,
zu früh selbst zur Gegenoffensive zu schreiten, und dies vor
allem jenseits der Maas, und daß ein Druck der öffentlichen
Meinung und Politiker auf ihn einwirkt, um ihn zu dieser
Gegenoffensive zu verleiten. Man kann daran zweifeln, ob
die französischen Reserven bereits aufmarschiert sind. Wir
hoffen, daß die östlichen Maasreserven imstande sein werden,
an diesem Punkt standzuhalten. Die Deutschen
sollen sich von selbst erschöpfen, dann wird
unsere Zeit kommen. Die Schlacht, die wir zu schla-
gen haben, wird nicht weniger schwer werden, wenn ein-
weilen Zeit darüber hinzieht.“

Die Pariser Zeitungen

benühen sich, keine Unruhe über die Schlacht bei Verdun auf-
kommen zu lassen. Durch alle Blätter geht die Version, daß
Douaumont von den Franzosen wieder erobert worden sei.
Der „Temps“ verteidigt sich sogar zu der kühnen Behauptung,
daß das preussische Regiment, das anfangs in die Feste Doua-
mont habe eindringen können, dort jetzt eingeschlossen sei, da
die französische Infanterie darüber hinaus Boden gewonnen
habe. Überflüssig hält die Wahl von Verdun als Angriffspunkt
für ziemlich gut, glaubt aber, daß die Operationen nur Manö-
ver seien, um den Feind näher heranzulocken und ihn um so
sicherer zu vernichten. Marcel Guitin warnt im „Echo de
Paris“ vor der Meinung, daß der Feind in seinen Anstrengun-
gen nachlassen werde. Wenn es gelingen könne, doch noch drei

* Jugendfürsorge. Karl Schmieds Verlag, Berlin 1915.

Tage handzuhalten, so würde die Lage sich endgültig auf die Seite Frankreichs neigen. Aber schon Dutin fragt mit kritischem Zweifel: Es ist doch unmöglich, daß unser Oberkommando keine genaue Kenntnis von dem verweirten Versuch des Feindes gehabt hat? Clemenceau schreibt unter anderem: Eine bessere Vorbereitung hätte manche Opfer erspart. Derb wundert sich darüber: Erstens, daß die beurlaubten Mannschaften nicht unverzüglich an die Front zurückgerufen worden seien, und zweitens, daß keine Entlastungsoperationen, zum Beispiel von den Engländern, an den anderen Stellen der Front eingeleitet worden sei.

Die Verantwortung der französischen Sozialisten.

In den Spalten des „Avanti“ hat sich eine Polemik über die elend-losbringende Frage entwickelt. Der Spectator zeichnende Mitarbeiter hat auf einen von unterschriebenen Artikel geantwortet, der das Verhalten der französischen Genossen viel „sympathischer“ als das der Deutschen fand, trotzdem sie beide unrecht hätten. Spectator machte aber auf einige grundsätzliche Voraussetzungen seiner Behandlung der Frage aufmerksam und spricht sich in seinem neuesten Artikel auch über die angeblich anders zu bewertende Haltung der französischen als der deutschen Partei am Beginn des Krieges aus. Er sagt u. a. („Avanti“ vom 21. Februar):

„Die ganze Haltung der französischen Regierung während der Krise der Juli- und Augusttage 1914 als Akt der Treue und Pflicht gegen das verbündete Rußland zu rechtfertigen, scheint mir noch eher annehmbar, als Willkürsgründe für die französischen Sozialisten von dem Tag abzuleiten, an dem der Feind Frankreichs Boden betrat. Einen Krieg, in dem nicht einer der Gegner das Gebiet des anderen betritt, hat es noch nie gegeben. Hätte ohne die Kriegserklärung von Seiten Deutschlands die französische Regierung davon abgesehen, Rußland im Krieg gegen Österreich und Deutschland beizustehen? Niemals. Der französische Gesandte in London, der französische Gesandte in Petersburg, der englische Minister des Auswärtigen, Grey, haben es ja ausdrücklich erklärt. Frankreich wäre also ebenso in der ihm militärisch genehmten Stunde, entsprechend „dem Noth der Bündnisse“, in den Krieg eingetreten. Die deutsche Kriegserklärung hat den Konflikt mit Frankreich nicht entschieden, nur beschleunigt. Das wissen die französischen Sozialisten, daher bedeutet ihre Zustimmung zur Union warde und der Eintritt Dreier der ihren ins Ministerium die Billigung der von Boicard und Viviani gegenüber Rußland besorgten Politik. „Wenn es“, wie Vandervelde selbst sagte, „mehr ist, daß die deutschen Sozialisten nur die Wahl hatten, am 4. August 1914 die Worten ihres Vaterlandes des Rufes des Horen zu öffnen, oder dem Vaterland Waffen in die Hand zu geben gegen das republikanische Frankreich und das demokratische England.“ so ist es ebenso wahr, daß am selben Tag sich die französischen Sozialisten vor die Wahl gestellt haben, den Ruf des Horen zu leihen oder die Tore ihres Vaterlandes den deutschen Heeren zu öffnen. Die einen wie die anderen stimmten für die Kredite, und daß die Furcht vor den Rufes keine Phantasie war, hat man kurz darauf am Einbruch der Rufes nach Ostpreußen gesehen. . . . Ist die Solidarität mit der Regierung während des Krieges eine patriotische Pflicht? Verdient sie als solche Rechtfertigung oder mindestens mildernde Umstände in der Beurteilung? Der „Geno“? Wer bejaht es — aber nur, wenn es sich um Frankreich handelt. Und trotzdem ist er überzeugt und schwört darauf, nicht zweierlei Maß anzuwenden.“

„Kommt endlich auch in den romanischen Ländern die Erkenntnis?“

Die russische Sozialdemokratie.

Amsterdam, 28. Febr. (W. V. Nichtamtlich.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet die „Times“ aus Petersburg, daß der Sozialdemokrat Tschcheidt in seiner in der Duma gehaltenen Rede in Abrede stellte, daß alle Kriegsführenden für die Verteidigung ihres Landes und ihrer Freiheit kämpften. Er stellte sich auf die Seite der „Deutschengegner“, die einen Frieden ohne Annexion und ohne Kriegsschädigung wünschten.

Weizenmangel in England.

Berlin, 28. Febr. (W. V. Nichtamtlich.) Von zuständigen Stellen erfahren wir über die kritische Lage des englischen Weizenmarktes folgendes: Das führende Londoner Hochblatt des Getreidehandels vom 15. Februar 1916 kommentiert das angebliche Eingreifen der englischen Regierung in Fragen der Brotgetreideversorgung mit wenig optimistischen Worten.

Man dürfe nicht vergessen, daß die Regierung nur eine Auffüllung der nationalen Weizenreserve, die bekanntlich sehr stark zurückgegangen sei, beabsichtige und nicht den regelmäßigen Bedarf des Landes im laufenden Erntejahr zu befriedigen gedenke. Dem privaten Handel bleibe die Last der Verantwortlichkeit, die normalen Ansprüche des Erntejahres durch Einfuhr zu befriedigen. Bei der jetzigen Preisbildung, die durchschnittlich 70 Schilling per Quarter (ca. 320 Maß per Tonne) betrage, und bei den hohen Frachtraten, die 20 bis 30 Schilling per Quarter ausmachten, sowie angesichts des Wettbewerbes durch die heimischen Körner von Agenten mächtiger Regierungen seien diese Aufgaben des freien Handels ungeheuer. Sie seien geradezu Machtmittel und Fähigkeiten des Handels voraus, die weit über die von ihm zu erwartende Leistungsfähigkeit hinausgingen.

Das Blatt kommt zu dem Schluß: Die Weizenreserve in unseren Häfen ist zu niedrig geblieben; diejenigen, die mit der Aufrechterhaltung unserer Vorräte betraut sind, werden jetzt wirklich nervös. Die Lage ist kritisch, und die Regierungspläne scheinen nicht imstande, mit dieser Lage in befriedigender Weise fertig zu werden.

England kontrolliert alles.

Um den unerträglichen Frachtssteigerungen zu begegnen, strebt England nach Höchstpreisen für Schiffsfrachten, die in seinen Häfen verkehren. Entweder ist die gesamte britische Handelsflotte mit Ausnahme von kleineren Schiffen bis zu 500 Tonnen unter Staatskontrolle gestellt. Das ruft in den norwegischen Schiffsbesitzern Verwirrung hervor; namentlich erklart hier die Forderung der Handelskammer in Cardiff, die Maximalfrachten für die Schiffe aller Nationen, die britische Häfen anlaufen, einzuführen und im Weigerungsfalle den betreffenden ausländischen Schiffen Punterföhe zu verweigern. England legt dann seine übermächtige Hand auf weiteren fremden Verkehr.

Das schwedische Blatt „Aftonbladet“ schreibt: eine besondere Gefahr der (englischen) Transitsgesellschaft für den schwedischen Handel sei, daß keine Rückzahlung bestehe, ob nicht die „Transit“ auf Grund ihres genauen Einflusses in die schwedischen Geschäftsbücher ihre Tätigkeit auch nach dem Kriege fortsetze.

Das Stockholmer Blatt „Aftonbladet“ teilt Näheres über das Nichtzustandekommen eines in London geplant gewesenen englisch-russischen Handelskomitees mit, zu dem als Mitglieder von russischer Seite Vertreter des kriegstechnischen Hauptkomitees, des Zemstvo- und Städteverbandes, sowie der führenden Handels- und Industrieorganisationen entsandt werden sollten. Das Zustandekommen dieses Komitees, das den Engländern Gelegenheit gegeben hätte, ihren Einfluß und Einblick auf die inneren Verhältnisse Rußlands auszuüben, wurde nur verhindert durch das unerwartete Dazwischentreten des Handelsministers Schachowskoj, der geltend machte, die genannten Organisationen seien hauptsächlich für Arbeiterfragen und Sozialgelehrung, nicht aber für handelspolitische Angelegenheiten zuständig.

Deutschland und Amerika.

Reuter meldet aus Washington nach London: Deutschland hat Bernstorff den Auftrag erteilt, den Vereinigten Staaten mitzuteilen, daß die Zusicherungen in der „Rusitana“ und „Arabie“-Angelegenheit noch stets bindende Kraft hätten, daß sie jedoch nur für friedliche Rauffahrtsschiffe Geltung hätten. Es verlautet, Deutschland bleibe bei seiner Auffassung, daß besetzte Rauffahrtsschiffe, einerlei, welchen Charakter diese Verwahrung trage, sich der Vernichtung ohne vorherige Warnung aussetzen.

Die Associated Press meldet aus Washington: Die neuerliche Tätigkeit von Ritzliedern des Repräsentantenhauses, die darauf dringen, daß eine Resolution angenommen wird, in

welchen den Amerikanern befohlen wird, bewaffnete Handelsschiffe nicht zu berühren, hat bei den Führern der demokratischen Partei große Beorgnis erregt. Eine Abordnung von Vertretern des Staates Missouri im Kongreß suchte Senator Stone auf und bestand in der Unterredung darauf, daß die Amerikaner gewarnt werden. Der Abgeordnete Decker erklärte später: Ich habe Stone gesagt, daß ich für die sofortige Annahme einer solchen Resolution bin. Ich fürchte, wir stehen am Rand eines Krieges: wir sollen ihn vermeiden, wenn es möglich ist. Kein Demokrat ist mehr als ich bereit, den Präsidenten zu stützen. Aber ich glaube, dieser Schritt sollte ohne Rücksicht auf seine Ansichten getan werden. Die Berichte über den Besuch einer Abordnung aus Missouri riefen im Sitzungssaal große Erregung hervor. Die Repräsentanten kamen in Gruppen in den Vorzimmer zusammen und beratschlagten eingehend die Lage. Nach der Besprechung der Abordnung von Missouri mit Stone verlautete, dieser werde sich von dem Willen der Mehrheit im Senat bei seiner Entschließung leiten lassen. Später trat der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses zusammen und entschied dahin, sich zunächst über die Stimmung des Hauses bezüglich der erwähnten Resolution zu vergewissern. Der Vorsitzende Flood beratschlagte später telefonisch mit Wilson und versicherte ihm, daß sich der Ausschuß noch nicht entscheiden habe, die Annahme der Resolution zu empfehlen, und daß er auch nicht glaube, daß dies geschehen werde.

Vom Seekrieg.

London, 28. Febr. (W. V. Nichtamtlich.) Handelsagentur meldet: Der russische Dampfer „Selbenga“ (1647 Tonnen) ist versenkt worden. 15 Personen wurden gerettet.

Amsterdam, 28. Febr. (W. V. Nichtamtlich.) Die Post für Amerika des Dampfers „Rotterdam“ von der Holland-Amerika-Linie ist in Falmouth ausgeschifft worden.

Der Hebergriff Portugals.

Berlin, 28. Febr. (Priv.-Telegr.) Deutschland hat an Portugal eine scharfe Note gerichtet, in der mit Rücksicht auf die Vertragsbestimmung, daß die Beschlagnahme deutscher Schiffe nur nach vorheriger Regelung der Entschädigungsfrage mit den Interessenten erfolgen könne, die Rückgängigmachung der portugiesischen Maßnahmen verlangt wird.

Durazzo.

Ueber die Flucht der Italiener aus Durazzo wird dem „Lokal-Anzeiger“ von einem Sonderberichterstatter gemeldet: Ueber Hals und Kopf sind die Italiener aus Durazzo geflüchtet. Sie mußten fast die gesamte Artilleriemunition und viele Geschütze den Siegern überlassen. Auch die riesigen seit Wochen aufgeschaukelten Lebensmittelvorräte fielen den österreichischen und ungarischen Truppen in die Hände. Das von den fliehenden Italienern angelegte Feuer, durch das die Stadt großen Schaden erlitt, wurde von den I. I. Truppen teilweise gelöscht.

Zu den italienischen Beschnönigungsverfuchen bemerkt die „Wiener Allgemeine Zeitung“: Man hat von Italien selbstverständlich nichts anderes erwartet, als daß es jetzt die Räumung Durazzos als im Plan der italienischen Kriegführung gelegen erklärt. Keinem unbefangenen Kritiker wird die Lösung der Frage gelingen, warum die Italiener hingegangen sind, wenn es in ihrem Plan lag, wieder wegzugehen. Wir können nicht annehmen, daß sie aus Liebe zu Österreich, Ungarn und eine Position überlassen haben, die eine gewaltige Stärkung unserer Stellung an der Adria bedeutet. Nein, die Dinos liegen in Wirklichkeit so, daß der Verlust Durazzos genau in dem gleichen Maße, in welchem er für uns einen Nachschub bedeutet, den teuersten italienischen Aspirationen einen schweren Schlag zufügt.

Der Schweizer Oberstenprozeß.

Die Schweizerische Depeschagentur meldet: Montag morgen haben die Verhandlungen des Strafprozesses gegen die beiden Obersten des Generalstabes Egli und v. Wattenholz begonnen. Das Gericht beschloß, daß die Verhandlungen öffentlich

Seniileton.

Venedig in der Finsternis.

Die florentinische Wochenchrift „Panfolla della Domenica“ bringt eine anschauliche Schilderung von Venedig in der Finsternis. Wer an regnerischen oder nebligen Winterabenden aus irgend einem Grunde das Haus verläßt — nur um die Weine zu reden, geht niemand mehr am Abend aus —, der weiß, daß er nicht wenigen Unannehmlichkeiten und Gefahren ausgesetzt sein wird. Jawohl, der Venezianer weiß es ganz gut, und philosophisch findet er sich damit ab; sein anderes Volk Italiens würde mit soviel Gleichmut die Unbequemlichkeit einer Lage auf sich nehmen, die seit Monaten andauert und noch nicht den Anschein hat, aufzuhören. Von 5 Uhr abends bis 7 Uhr morgens ist die Stadt in völliger, strengster, unveränderlicher Dunkelheit, 14 Stunden.

Ein Fremder vermag sich die Dunkelheit Venedigs gar nicht vorzustellen; sie ist so etwas ganz anderes als die Dunkelheit eines einsamen, schmalen Weges in einer Sturmnacht oder eines nicht endenwollenden Tunnels. Die venezianische Dunkelheit ist etwas Schreckliches und Phantastisches zugleich: man lebt in der Gefahr, an einer Mauer oder an die Schatten, die uns umgeben, anzustoßen; man lebt fortgesetzt in der schrecklichen Angst, von einer Brücke zu stürzen oder einen Burgelbaum in den Kanal zu schlagen.

Es gibt dunkle Gänge und Sträßchen, die so schmal sind, daß sie einem aufgespannten Seilum nicht einmal genügend Raum bieten; in der Nacht sind sie überhaupt nicht benutzbar; das sind die einzigen Wege, denen ein beschleunigtes farbige Lichtes zugewandt wurde. In den breiteren Straßen dagegen ist jede Beleuchtung verboten, so daß ich den Vorübergehenden nicht sehe, der mir die Schulter streift, und gewissamen bin, laut zu sprechen oder zu pfeifen, um den Schatten, die, ohne es zu wissen, mich bedrohen, meine Gegenwart bekanntzugeben.

Wer nicht allein ausgeht, soll den Fremden am Arme führen, damit nicht der eine vom andern durch die Menge getrennt werde; die Menge geht langsam und mühsam, indem sie die Arme tastend in die dunkelsten Stellen hinausreckt, in der Nähe eines Kanals ihre Seele dem Himmel empfiehlt, bei jeder Brückenstufe den Fuß hochschwebend hält und sich dann wieder mit schleichenden Schritten fortbewegt, sobald sie die Brücke hinter sich hat.

Und plötzlich vergrößert sich plötzlich ein Schatten und erweckt

den Eindruck, als ob er sich über sich selbst erheben wollte. Neben unschuldigen Zusammenstößen komischer Art gibt es auch ernsthafte Unfälle: ein armer Alter fällt und kann sich nicht wieder erheben; ein hastiger Bassant plumpst in den Kanal, der ihn heimlich am Ende einer Straße oder eines Platzes erwartet. Die Lösung lautet: Vorwärts, Vorwärts, Vorwärts! Das venezianische Volk, das die Ruhe anbetet, hat die günstigste Gelegenheit, diese gesunde Tugend zu üben.

Da und dort leitet einen im Dunkel in den Straßen und Gassen ein lauwarmes, flüchtiges Licht. In gewissen Zeiten erscheint es lächerlich. Heute und besonders wenn man eine Viertelstunde in der Finsternis umhergeirrt ist, wirkt es freundliche Bezauberung. Es ist eine bewegliche Beleuchtung, für die die Bürger aufkommen. Jeder Venezianer geht abends mit seiner elektrischen Lampe mit rotem, blauem, violett — weiß ist verboten — Licht aus, und in den dunkelsten und abgelegensten Orten drückt er häufig den Knopf. Die Lampen dürfen nur während der durchaus notwendigen Zeit brennen, um einem Hindernis auszuweichen oder um die Stufen einer Brücke zu unterscheiden — zwei oder höchstens drei Sekunden. Fünf, zehn, zwanzig Augen werden gleichzeitig hell, durchforschen die Finsternis, blenden einen Vorübergehenden, erwachen, erscheinen wieder zögerlich Schritte weiter, senden ihre bunten farbigen Strahlen ringsherum.

Aber um das Schauspiel zu genießen, das eine venezianische Nacht in der Kriegszeit bietet, muß man auf die „Piazzetta“ hinausgehen, wenn der Himmel hell ist. Der Platz erscheint fast leuchtend, verlassen. Die gewaltigen Schatten des Campanile, des Dogenpalastes, zeichnen sich scharf auf dem dunklen Weich des Bodens ab. Auf der Riva degli Schiavoni wiegt sich ein langer Zug von Gondeln friedlich im Wasser.

Jenseits steigen San Giorgio di Salute empor. Kein Gefang, kein Auf, rings umher keine Stimme.

Wer in Sternennächten den Blick von der dunklen Straße emporschleibt, dem scheint, daß dieses Jahr die Sterne doppelt so hell leuchten, so erlaucht ist er von ihrem Glanz. Auch im Wasser irren einige kleine Sterne. Sie sind schwach und glänzen und verglühn langsam wie die Jodannwürmer im Sommer. Fortwährend verändert sie ihre Lage, und ihr Widerschein gleicht einem dünnen, zuckenden Goldfaden.

Von weitem sieht man ein Fahrzeug heranschwanken; geräuschvoll nähert es sich, überfliegt den Wasserspiegel und verschwindet. Der am Ufer verankerte kleine Dampfer und der Steg werden von zwei roten Laternen beleuchtet. Die Glase des Dampfers

lingelt im Schatten, und an ihrem sonderbaren Klang erkennt man nicht, ob er von weit her kommt oder aus der Nähe. Hinter den nebelverhüllten Leuchttürmen, und über ihnen, glänzen unbeweglich zwei oder drei Sterne. Wir denken an gewisse Weihnachtslandschaften, die auf dem dunklen Hintergrund des Himmels das schwache Dämmerlicht eines entfernten Welters zeigen.

Das ist das Kriegs-Venedig; seine Ruhe ist so unbeweglich, daß man meint, es liege im Sterben.

Eine marxistische Arbeiterhochschule in Schottland.

Der leitende Geist der Arbeiterrevolte am Clyde (Glasgow und Umgebung) ist Mac Lean, ein akademisch gebildeter Sozialdemokrat. Vor zwei Wochen berief er eine Konferenz von Arbeiterführern und gebildeten Gewerkschaftern nach Glasgow, um über die Errichtung einer Arbeiterhochschule zu beraten, in der die sozialen Wissenschaften vollständig im Sinne von Karl Marx gelehrt werden sollen. Am Vorabend der Konferenz wurde Mac Lean verhaftet, aber die Konferenz fand nichtsdestoweniger statt. Sein Freund Genosse Mac Dougall verlas den ihm von Mac Lean übergebenen Prospekt der Schulgründung. Die versammelten Genossen stimmten den Vorschlägen Mac Leans zu und es werden bereits Vorlesungen getroffen, wie zu verwirklichen und ein „Scottish Labor College“ (schottische Arbeiterhochschule) ins Leben zu rufen.

Italienische Vindicten.

Während der große Krieg draußen wütet, erringt sich die reformsozialistisch-fundamentalistische Gruppe in Mailand Vorbeeren, die sie stolz und glänzend machen in ihrem Kampf gegen die offiziellen Sozialisten. Die Mailänder Stadtverwaltung, die aus kriegsgegnerischen Sozialisten besteht, hatte es abgelehnt, eine Straße nach dem am Jongo gefallenen Syndikalistenfürer Filippo Corridoni zu benennen. In Parma, wo die Reformsozialisten diesen Vorschlag durchgedrückt hatten, war die Feier der Benennung der Straße zu einer wilden Krawalle ausgeartet, darum entsand der Mailänder Gemeinderat der Bitte nicht. Daraufhin vollbrachten die Reformsozialisten die Geldtat, die Straße, in der der „Avanti“ gedruckt und verlegt wird, die Via San Damiano in der Nacht heimlich in Via Corridoni zu verwandeln. Sie ließen

Handels-
emokratie-
von
Senator
dass die
der er-
sofortige
stehen
wenn es
den Prä-
sollte ohne
achte über
Sitzungs-
kommen in
schlagten
ordnung
sich von
schlechte
wärtige
nen und
des Soules
nt. Der
it Wilkin
entfliche-
nen und
ods Agen-
benga“
n wurden
Die Post
der Sol-
schiff
d hat an
sicht auf
deutscher
bildungs-
e Rüd-
Mach-

sein sollten. Die Anklageschrift führt in ihren Hauptpunkten aus: Oberst Gili wird angeklagt, daß er als Unterabteilungsleiter der eidgenössischen Armee von ungefähr Mitte Februar 1915 an die beiden Militärattachés der einen Gruppe der kriegsführenden Mächte die laut Befehl des Generalstabes nur für eine Reihe ausdrücklich bezeichneter Kommandostellen des eigenen Landes bestimmten täglich erscheinenden Berichte der Nachrichtenstellen des Armeestabes übermitteln ließ. v. Wattenwyl wird angeklagt, daß er die Mitteilung aller Teile eines militärischen Bulletin in Abwesenheit Gilis an einen der Militärattachés der betreffenden Gruppe der kriegsführenden Mächte verfügte, nachdem dieser bereits seit längerer Zeit einen Teil des Bulletin infolge der Anordnung Gilis erhalten hat. Beide Obersten werden angeklagt, daß sie fremd-landische Dokumente, die zwischen ausländischen Amtsstellen im Ausland und zwischen solchen in der Schweiz an ihre Regierung gewechselt und von Dr. Langie entziffert wurden, auf irgend eine Weise den Militärattachés der einen Gruppe der kriegsführenden Mächte zur Kenntnis gebracht haben. Diese Tatsachen qualifizieren sich als Verletzung eines der Kriegsführenden und vor-sätzliche Vermittlung von Nachrichten militärischer Natur zugunsten einer fremden Macht. Sie sind gleichzeitig eine Dienstverletzung im einem wichtigen Fall.

In der Verhandlung gab zunächst Oberst Gili Auskunft über die Organisation und Bedeutung des Nachrichtenendienstes für die Schweiz. Die Abwehrmaßnahmen gegen ausländische Spionage in der Schweiz fanden unter seiner Leitung. Die Nachrichtenstellen arbeitete selbständig. Der Generalstab erhielt nur die Ergebnisse ihrer Arbeit. Die Militärattachés verkehrten nur mit dem Unterchef des Generalstabes und dem Chef des Nachrichtenendienstes. Der Angeklagte pflegte auch persönlich kameradschaftlichen Verkehr mit den Attachés einer Gruppe der Kriegsführenden. Einen privaten Briefwechsel mit ihnen unterhielt er nicht. Fragen über Dinge vertraulichen Charakters wurden von den Attachés niemals gestellt. Der Schweizer Nachrichtendienst war bei Ausbruch des Krieges gar nicht organisiert; um etwas zu erfahren, mußte man sich an diejenigen wenden, die etwas wußten. Das waren die Attachés der Zentralmächte. Als Gegenleistung für ihre Mitteilungen erhielten sie das Bulletin des Generalstabes, das aber keine wichtigeren Dinge enthielt. Diese Mitteilungen waren wohl als geheim bezeichnet, aber dies galt nicht für die bekanntlich den Offizieren des Nachrichtenendienstes. Die Attachés der Entente erhielten das Bulletin nicht, weil der Schweizer Generalstab von ihnen auch keine Nachrichten bekam. Der Generalstab wußte nichts von der Übermittlung des Bulletin an die Militärattachés. Der Angeklagte hatte wegen der Zentralität niemals Bedenken, diese Nachrichten auszuhandeln. Der ganze Nachrichtendienst sei ja eigentlich neutralitätsmäßig; das unbedingte Geheimnis, Nachrichten zu erhalten, habe den betreffenden Organen des Generalstabes eine freiere Stellung gegeben.

Dom preussischen Eisenbahnwesen.

Berlin, 28. Febr. (D. V. Reichsanwalt). Der Haushaltsaus-schuss des Abgeordnetenhauses hat heute mit der Beratung des Eisenbahnhaushalts begonnen. Gegen 1915 sind die Steuern um rund 16,5 Millionen Mark ermäßigt, dagegen die Zins- und Tilgungsbeträge, der Zuschuß zum Extraordinarium und die Abfertigung für all-gemeine Staatsbedürfnisse erhöht. So verbleibt rechnerisch ein Ueber-schuss von 485.807 Mark für den Ausgleichsfonds. Der Minister erklärte dazu, an der Unterhaltung der während des Krieges stark beanspruchten Betriebsmittel dürfe nicht gespart werden. Während daher nur die notwendigen Ausgaben für den Streckenbau gemacht wurden, sei im Betriebsmittelhaushalt keine Störung eingetreten; be-sonders an Lokomotiven sei in einzelnen Monaten mehr abgeliefert worden, als je zuvor. Im Jahre 1914 seien die Betriebseinnahmen um 88,8 Millionen, die Betriebsausgaben um 14,4 Millionen, der Betriebserlös um 34,2 Millionen Mark gegen den Etat zurückgeblieben. Der Ausgleichsfonds enthalte infolgedessen nur 6 Millionen Mark, die Hälfte des Jahresbetrags 3,55 Prozent. Im Jahre 1915 hätten die einzelnen Monate einen sehr ungleichen Ver-lauf genommen. Auch der Güterverkehr zeige sehr erhebliche Schwankungen, da der Verkehr zu Wasser vielfach ausgeschaltet wurde. Die Einnahmen für den Tunnelbau seien nicht un-wesentlich gestiegen. Der Verkehr sei dadurch erleichtert worden, daß ein erheblicher Wagenpark bei der Heeresverwaltung festgelegt wurde und die Entlastung und Abfuhrmöglichkeit sehr erleichtert sei, so daß im Herbst ein starker Wagenmangel einsetzte, der sich indes im Dezember wesentlich besserte und im Januar verminderte. Eine völlige Deckung des Wagenbedarfs sei aber während des Krieges ausgeschlossen. Der Karoselltransport sei durch die Verschleppung von Wagen und durch Sonderzüge bevorzugt worden, welche eine Be-förderung vom Osten nach Westen in 28 Stunden bewerkstelligten. Im allgemeinen werde die Verwaltung ohne solche Sparmaßnahmen die gebotene Zurückhaltung üben.

Aus derselben Sitzung berichtet das sozialdemokratische Presse-bureau: Nach dem der Bau-Etat zur Beratung. Es wurde über die Kollage der Schifferfamilien Angelegenheit. Deren Schiffe

die Strophenbilder abnehmen und dafür Marmortafeln mit der Bezeichnung Via Corridoni anbringen. Der Bürger-meister Goldora ließ am nächsten Morgen zwar die Tafeln wegnehmen, trotzdem jubelte aber der „Popolo d'Italia“ tag-lang in langen Artikeln über die „heroische Geste“ und stellt es so hin, als ob die Herstellung des alten Namens eine Ver-behrung Caldaras vor der Alerisei wäre, die man mit Unter-drückung des Heiligennamens getränkt hätte.

Frankfurter Theater.

Opernhaus. Das Gastspiel des Kammerängers Hermann Jadowler als Don Joso in Bizets „Carmen“ war eine Glanzleistung im vollen Sinne des Wortes und brachte bei ausverkauftem Abonnement ein außerordentliches Haus. Dem Gast geht ein vorzüglicher Ruf voraus, und er hat alle hoch-gestellten Erwartungen erfüllt. Das mit starken Kontrasten arbeitende Musikwerk des ionnigen Südens verlangt vor allem großes dramatisches Temperament der beiden Hauptdarsteller. In Frau Wenzner-Fischer haben wir hier wohl eine der besten Carmen-Darstellerinnen, und daneben den Don Joso eines Jadowler, das ist fürwahr eine außerordentliche Zusammen-stellung. Die Gestalt, das Spiel erinnert vielfach an Herrn Genter, doch ist Herr Jadowler in der Erregung wichtiger, auch im Mienenpiel packender. Dabei hat er eine vollendete Gesangstechnik, die allgemeine Bewunderung fand und zu wiederholten Beifallstürmen auf offener Bühne führte. Die übrigen Darsteller in der üblichen guten Besetzung: Fräulein Helm (Micaëla), vom Scheidt (Escamillo), Schneider (Junjo) und das unter Dr. Rottenbergs Leitung vorzüg-lich belebte Orchester, sowie die gut bewegten Chöre schufen daneben in prächtigen Farben die Gegenläufe mit all den guten und bösen Leidenschaftlichen des romanischen Naturells. Unend-liche Herrlichkeit lohnte die Künstlerarbeit, der Gast wurde noch reichlich mit Blumen und Kränzen bedacht. h-h.

Wir spielen...

Wir spielen manches Spiel und helfen Fragen und sind stets unruhig und wie ein Kind, das über halberhörsamen Wörtern hant; und wieder lösen sich von unsern Lippen und flattern Sommerdämonen gleich im Wind... Doch das ist Tand. Denn keiner weiß zu sagen den Klang, den unsere tiefsten Stunden tragen in Händen, die wie heilige Schalen sind.

Peter Hammer.

liegen herrenlos in den Häfen, können nicht angehebert werden und verkommen allmählich. Die Regierung erklärte, daß sie sich dieser Schiffe annähme und kleinere Reparaturen auf Staats-kosten vornehmen lasse. Gefordert wurde ferner der Donau-Rain-Kanal, der eine Kanalisierung des Rheins bis Rheinfelden notwendig macht. Die Regierung er-klärte, daß sie sich mit diesem Kanalprojekt noch nicht befaßt habe; in erster Linie gehe es die bayerische Regierung an. Ueber die Kanalisierung der Lippe erklärte der Minister, daß die Frage noch offen sei, ob ein Seitenkanal von Wesel bis Datteln oder eine Kanalisierung des Stromlaufes der Lippe selbst erfolgen soll. Der Ausbau der Roga-Wasserkräfte soll erfolgen, wenn sich ergibt, daß der Ausbau zweckmäßig erscheint. Die dann gewonnenen Elektrizität soll den umliegenden Kreisen nutzbar gemacht werden. Ein Gesetzentwurf über die Kanalisierung des Rheins soll in den nächsten Tagen dem Abgeordneten-haus vorgelegt werden. Schließlich wurde noch Klage erlaubt, daß Arbeitern, die 70 Jahre alt sind und Altersrente erhalten, der Lohn von der Wasserbau-Vereinigung um den Betrag gekürzt worden ist, den die Altersrente ausmacht. Der Regierungsvorsteher erklärte, diese Anordnung sei dem Minister nicht bekannt, vielmehr habe die Regierung angeordnet, daß ohne Rücksicht auf die Rente jeder Arbeiter die Vergütung erhalten müsse, die seiner Leistungs-fähigkeit entspricht.

Einem Bericht der „Bett. Ztg.“ entnehmen wir das folgende: „Eine längere Debatte veranlaßte die neue Arbeiterdienst-ordnung, welche für die Arbeiter der Staatsbahnverwaltung am 1. Januar 1916 in Kraft getreten ist. Ein sozialdemo-kratischer Abgeordneter bemängelte, daß die Mitglieder der Ge-werkschaften, die in ihren Satzungen das Streikrecht verheißten, durch die neue Fassung von den Staatsbetrieben ausgeschlossen blieben. Der Minister legte die Einführung dieser neuen Arbeiter-dienstordnung dar und stellte ausdrücklich das Einverständnis sämtlicher deutschen Eisenbahnverwaltungen in dieser Frage fest. Es werde danach die Teilnahme nur noch an ordnungsgemäßen Be-strebungen und Vereinen, nicht aber an sozialdemokratischen Or-ganisationen verboten. Von fortschrittlicher Seite wurde betont, daß dies infolge der anerkannten nationalen Haltung der Gewerkschaften notwendig geworden sei. Das Koalitionsrecht sei unantastbar, und als letztes Mittel dürfe im Arbeitskampfe auch die Arbeitsniederlegung gelten. Für die Arbeiter im Verkehrsdienst freilich könne ein solches Recht nicht zugelassen werden, um der Folgen willen, die im Frieden und noch mehr im Kriege daraus erwachsen könnten. Hier müßten andere Mittel und andere For-men zur Wahrnehmung berechtigter Arbeiterinteressen gefunden werden, so namentlich der Ausbau des Staatsarbeiterrechts, in Sonderheit die Schaffung von Verhandlungsstellen, welche bei Be-schwerden und Streitigkeiten die Vermittlung zu übernehmen hätten. Die Gewerkschaften sollten hier Engagements eingehen, indem sie für die hier beteiligten Gruppen der Arbeiter ihre Satzungen än-dern und im Falle von Differenzen auf friedliche Verhandlungen verweisen. Mehrere andere Arbeiter verschiedener Parteien hielten die neue Dienstordnung gleichfalls gut, nur der konervative Re-ner äußerte Bedenken, ob die Regierung mit der Streichung der auf die Sozialdemokratie bezüglichen Stelle in der Dienstordnung nicht schon zu weit gegangen sei.“

Selbstverständlich können die Arbeiter mit einem Koalitions-recht, dem das Wesentlichste, nämlich das Streikrecht fehlt, nimmer-mehr zufrieden sein. Wohl aber können sie in einem Zwang zu Verhandlungen willigen, wie denn auch die Gewerkschaften immer dem Streik Vorzüge zur friedlichen Ordnung vorausgehen lassen.

Korruption in einem Kommunalbetrieb.

Vor dem Dresdener Schöffengericht hatte sich eine verheiratete Verkäuferin, die beim dortigen kädtischen Leben in mittelständischer Schicht lebte, zu verantworten; sie sollte 1800 Mark unterschlagen haben, die sie für verkaufte Erbsen erhielt, aber nicht ablieferte. Im Verlauf der Verhandlung wurde nun eine unrichtige Werturteil im Betriebe des Lebensmittelgeschäftes festgestellt, die dem Gerichtsvorstande zu Worten schärfer Kritik Anlaß gab. So sollte jede Kontrolle bei der Warenlieferung; es gab weder Preisermittlung noch Empfangsbescheinigungen, so daß im vorliegenden Falle jeder schriftliche Nachweis darüber, ob die Erbsen — 28 große Kisten — in die Verkaufsstelle geliefert worden sind oder nicht, fehlte. Noch schlimmer aber ist die festgestellte Vermin-derungsleistung. So wurde nachgewiesen, daß direkt von der Zen-trale aus Waren in Vollen von 5 bis 20 Pfund an Private, Resto-rationen, Deumts und Weinläden geliefert worden sind. Unter den Empfängern befinden sich auch gutbekannte hiesige Beamte, ein Stadtratsmitglied und Postat, sowie der Vorsitzende des Lebens-mittelkomitees, Stadtrat Dr. Krüger. Diesen Deuten wurde die Ware sogar von einer Angestellten des Lebensmittelgeschäftes ins Haus getragen. Der Vorsitzende bemerkte demgegenüber mit Recht, daß sich arme Frauen Stundenlang in Wind und Wetter vor den Ver-kaufsstellen aufhalten, um im günstigsten Falle ein Pfund Ware zu erhalten, oft aber auch mit leeren Händen wieder nach Hause gehen müssen. Hier erhielten aber gutkürzte Leute von den Waren, die nur für die Notwendigen bestimmt sind, bis zu 20 Pfund sogar ins Haus getragen.

Die Verkäuferin wurde freigesprochen, weil die zur Verurteilung nötige Klarheit aus den demontierten Verhältnissen nicht zu gewin-nen war. Der Vorsitzende erklärte noch, daß das Volk nach solchen Erfahrungen alles Vertrauen zu denartigen Einrichtungen verlieren müsse.

Der Bauarbeiterstreik in Ahlhorn

wurde mit einem Vergleich beendet. Die sofortige Lohnerhöhung be-trug 7 Pfennig die Stunde, Maurer erhalten 77 Pfennig, Bauhilfs-arbeiter 67 Pfennig. Für Arbeiter, die noch nicht im Bauwesen ge-arbeitet haben, werden 60 Pfennig die Stunde gezahlt. Die Ar-beitszeit beträgt 10 Stunden. Für Überstunden werden 10 Pfennig für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pfennig Zuschlag gezahlt. Die Rhythme im Periode- und Kontinentalen sollen umgehend be-stellt werden. Des weiteren wird von den Lohnerhöhungen, die vorzuschaffen am 1. April durch die zentralen Verhandlungen er-folgen, folgender Prozentsatz gezahlt: Beträgt diese Lohnerhöhung für Arbeiter 6 Pfennig, so treten die 6 Pfennig voll in Kraft; beträgt die Lohnerhöhung zwischen 6 und 10 Pfennig, so werden 75 Prozent in Anrechnung gebracht. Bei einer Lohnerhöhung über 10 Pfennig sollen davon 60 Prozent gezahlt werden.

England und der Schutzjoll.

Der „Labour Leader“ vom 10. Februar nimmt sich die neuesten Schutzjollbestrebungen der englischen Kapitalisten-welt unter die Lupe. Da steht man: „Jeder Tag bringt neue Beweise, daß die kapitalistische Klasse unter dem Dämonen-tel ihres und anderer Leute Patriotismus ihre Stellung immer mehr befestigt. Der neueste Beweis hierfür ist der parlamen-tarische Bericht eines Subkomitees, das die Lage gewisser britischer Industriezweige, wie sie sich nach dem Kriege ge-faltet wird, zu untersuchen hatte. Dieses Subkomitee bestand aus 5 Herren. Der Vorsitzende war Baronett und Vetter des Ministerpräsidenten Asquith. Ein Mitglied war ein großer Stahlfabrikant, ein anderes ein Hüttenbesitzer und ein drittes ein Schreibwaren-Großhändler. Letzterer wurde gefragt, wie das Schreibwarengewerbe zu behandeln wäre, und er erwiderte: „Wir brauchen einen Schutzjoll von 15 Pro-zent auf Schreibwaren.“ Und der große Stahlfabrikant stimmte zu. Als nun dieser aufgefodert wurde, sich über die Stahlindustrie zu äußern, antwortete er sichtlich (und der Schreibwarenhändler stimmte mit ihm überein): „Wir brauchen einen Schutzjoll: einen Joll von 10 bis 20 Prozent vom Wert der Refrakterwareneinfuhr.“

Der Bericht behauptet also, daß wir Schutzjolle brauchen, und die „Times“ nennt ihn einen „praktischen Bericht“.

Warum aber wurde in diesem demokratischen Lande das Sub-komitee aus Unternehmern zusammengelegt, die dem kleinen Kreis von Interessenten angehören? Warum wurde kein Vertreter der Arbeiterklasse zugezogen? Warum kein Ver-treter des Konsumenten und der Öffentlichkeit? ...

Der Bericht ist ein sehr amüsanter Dokument. Diese patriotischen Kapitalisten behaupten, daß sie gegen den deut-schen Kapitalisten nicht aufkommen können. Als Hauptgrund, der es dem Deutschen möglich macht, unsere Kapitalisten zu unterbieten, wird der in Deutschland vorherrschende nied-rigere Lohnnachfrage angegeben. Die Frachttage für die Tonne Lehm von Cornwall nach den rheinischen Fabriken sind um 3 Mark niedriger, als von Cornwall nach englischen Fabri-ken. Denken wir darüber nach, was dies wirklich bedeutet. Unsere Bahnfracht ist deshalb so hoch, weil unsere Bahnen Privatmonopol sind. Der Mann, der in unseren Töpfereien einen Topf kauft, muß deshalb in dem Preis des Topfes die hohen Dividenden des vermögenden Kapitals der die Kanere nach den Töpfereien befördernden Bahnen zahlen. So er-hält der Deutsche mit seinen Staatsbahnen und nied-rigeren Frachttagen die Möglichkeit, den britischen Kapitali-sten zu unterbieten. Man sollte denken, das einfachste Mit-tel dagegen wäre, unser Eisenbahnsystem zu reorganisieren und unsere Frachttage herabzusetzen. „O nein“, sagt der bri-tische Kapitalist, „was wir wollen, ist ein Joll und ein Mono-pol für den Kapitalisten der Steingutindustrie.“ Damit der Eisenbahnkapitalist den Gewinn seines Monopols aus der Eisenbahn schlagen kann, geht man also hin und steckt dem Steingutfabrikanten auch einen Profit zu. Und der unglück-liche britische Topfkäufer bezahlt beide Monopolsgewinne.

Im Anfang des Krieges „gehörten wir alle zur Regie-rung“. Es dürfte keine Streikfrage angeregt werden, bis „mit dem Krieg erfolgreich beendet hätten“. Die Redefreiheit ist unterbietet, die Habeas-Corpus-Akte sind wegdefretiert, das Streikrecht besteht nicht mehr, und die gewerkschaftlichen Satzungen bestehen nicht mehr. Die Wehrpflicht ist gekom-men. Und jetzt kommt auch noch der Schutzjoll. Ist es nicht merkwürdig, daß alles, was weggenommen wird, von einer Seite wegenommen wird: von der Arbeiterkraft, und alles, was hinzukommt, der anderen Seite gegeben wird: dem Kapital? Wie, fragt man sich, wird die Arbeiter-schaft diesem neuen Schandtag entgegenstehen? Ein Kampf gegen die Auferlegung eines Schutzjolls ist ein Kampf um die Lebensinteressen der Arbeiterpartei, der Gewerkschaften, der Genossenschaften. Während sie mühen dastehen, damit der Regierung keine Verlegenheiten bereitet werden, ernan-nen die Kapitalisten ihre Komitees, erhalten ihre Vorteile und entziehen der Arbeiterkraft den Boden unter den Füßen. Selbst Engeln könnte hier die Geduld reihen.“

Vermischte Kriegsnachrichten.

Aus dem Gefängnis entlassen wurde am Freitag der Genosse Hünke in Bremen, der wegen Verbreitung verbotener Schriften neun Monate Gefängnis zu verbüßen hatte. Auf dem Wege der bedingten Begnadigung hat man ihm vierzehn Tage von der Strafe erlassen, da er einem Stellungsbefehl Folge leisten mußte.

In Stettin wurde Stadtverordneter Herr Runge als erster sozialdemokratischer Stadtrat mit 42 von 48 Stimmen gewählt.

Ueber französische Grausamkeiten in Kamerun berichtet der Brief eines deutschen Missionars, der im Vorjahre von den Engländern in Kamerun gefangen und auf spanisches Gebiet gebracht wurde. In diesem, in der „Allg. Volksz.“ ab-gedruckten Schreiben vom 23. November erklärt der Missionar, der Krieg gegen Kamerun werde sehr grausam geführt. Alles, was den Franzosen in die Hände fällt, wird abgeschlachtet, wie ihm ein englischer Leutnant erzählte. Die Regter an der Küste bekommen heute Bäume für den Beweis, daß sie einen Deutschen ermordet haben. Sie brauchen nur den Kopf oder ein paar Hände von einem Deutschen abzuliefern. Der Missionar berichtet noch, daß die Engländer und Franzosen ständig die neutralen spanischen Schiffe abfangen und ausplündern, wegen der deutschfreundlichen Spanier wehrlos sind.

Eine Unberührteiten-Steuer plant auch Sachsen. Die Steuer soll erhoben werden von Unberührteiten über 30 Jahre sofern sie nicht anderen Personen einen gesetzlichen Unter-satz zu gewähren haben. Von einem Einkommen von 1500 bis 2400 Mark werden 5 Prozent, bis zu 4000 Mark 10 Prozent, bis zu 6500 Mark 15 Prozent usw. als Zuschlag zur Einkommen-steuer erhoben.

Der Indexpreis wird ab 1. März in Ungarn um 14 Kronen für den Doppelzentner erhöht.

In Belgrad trägt man sich laut Telegraphen-Union mit der Absicht, die serbischen industriellen Arbeiter in Kranzassen, nach dem Muster der ungarischen Arbeiter-Kranzassen, einzukreisen zu lassen. Zwecks Bekämpfung dieser Institution wurden mehrere Direktoren jugoslawischer Arbeiter-Kranzassen nach Belgrad eingeladen.

Wegen Aufreizung zum Klassenhass, begangen durch Verbreitung des Zimmerwalder Manifest, waren in Wal-land die Sozialdemokraten Quattri, Ronconi und Ferrari ange-klagt. Sie wurden verurteilt nur wegen Übertretung des Gesetzes über Verbreitung von Druckschriften und über Rasteranschläge zu je 66 Lire. Sie befanden sich seit 23 Tagen in Untersuchungshaft.

Der norwegische Storting hat beschlossen, eine Vor-lage zur Bewilligung von 10 Millionen Kronen zum Schutze der Neutralität einzubringen.

In der holländischen Zweiten Kammer ist ein außerordentlicher Kredit von 1.200.000 Gulden vor-gelegt worden zur Verteilung der Ausgaben im ersten Vierteljahr 1916, sowie ein Gesetzentwurf zur Verlagerung des Belagerungs-aufstandes in einzelnen Gemeinden von Overijssel, Gelderland und Nordbrabant zur Bekämpfung der Schmutzgelei.



Eckstein

Zigaretten

Einzig in Qualität

Trustfrei

A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Dienstag, 29. Febr., 7 Uhr: „Fra Diavolo“. 18. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Gewöhnl. Pr.
Mittwoch, 1. März, 7½ Uhr: „Der Freischütz“. Auf. Abonn. Kleine Pr.
Donnerstag, 2. März, 7 Uhr: „Der Rosenkavalier“. 18. Vorstell. im Donnerstag-Abonn. Gewöhnl. Pr.
Freitag, 3. März, 7½ Uhr: „Der Postillon von Lonjumeau“. Vorher: Charakterzüge. Auf. Abonn. Ermäß. Pr.

Frankfurter Schauspielhaus.

Dienstag, 29. Febr., 7½ Uhr: „Die deutschen Kleinstädter“. 18. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Kleine Pr.
Mittwoch, 1. März, 7 Uhr (Erstes Gastspiel des Herrn Albert Bassermann): „Hamlet“. (Hamlet: Albert Bassermann.) Aufgehobenes Abonn. Gewöhnl. Pr.
Donnerstag, 2. März, 7½ Uhr (Abonnementvorstellung für den am 2. Febr. ausgefallenen Mittwoch): „Die stille Stunde“. 17. Vorstell. im Mittwoch-Abonn. Kleine Pr.
Freitag, 3. März, 7½ Uhr: Winterabend: Vorträge. Hierauf: Literatur. Zum Schluss: „Berlin-Bagdad“. Auf. Abonn. Kleine Pr.

Neues Theater.

Dienstag, 29. Febr., 8 Uhr: „Dr. Bohl“. Abonn. B. Gew. Pr.
Mittwoch, 1. März, 8 Uhr: „Der Gatte des Fräuleins“. Abonn. B. Gew. Pr.
Donnerstag, 2. März, 8 Uhr: „Dr. Bohl“. Abonn. B. Gew. Pr.
Freitag, 3. März, 8 Uhr (zum 28. Male): „Der Weibsteuermann“. Auf. Abonn. Erm. Pr.

Wiesbadener Theater.

Wiesbadener Theater.

Dienstag, 29. Febr., 7 Uhr: „Der Gatte des Fräuleins“.
Mittwoch, 1. März, 7 Uhr: „Die seltsame Geschichte“.
Donnerstag, 2. März, 7 Uhr: „Der Gatte des Fräuleins“.
Freitag, 3. März, 8 Uhr (Vollvorstellung): „Jettchen Weber“.

Königliches Theater.

Dienstag, 29. Febr., 7 Uhr: „Mandine“.
Mittwoch, 1. März, 7 Uhr: „Der fliegende Holländer“.
Donnerstag, 2. März, 7 Uhr: „Königskinder“.
Freitag, 3. März, 7 Uhr: „Die Solofrau“. Hierauf: „Der zerbrochene Krug“.

Schumann-Theater
Vorletzter Tag: 8 Uhr: „Das Farmernmädchen“.
Donnerstag, 2. März: Erstaufführung: „Don Cesar“.

GROSS-FRANKFURT



Spezialitäten-Theater.

Anfang 8 Uhr 10. Vorher Konzert. Einlass 7 Uhr.
Loge 1.75, Res. Platz 1.20, Saal 0.65.
Militär wochentags halbe Eintrittspreise.

Künstler-Brettel

Anfang 8 Uhr. Ende 12 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Kaffee-Haus

Künstler-Konzert

Ab 4 Uhr.

Zoologischer Garten
der Stadt Frankfurt a. M.

EINLADUNG ZUM ABONNEMENT.

Die bedeutend herabgesetzten Preise für ein Jahres-Abonnement, gültig vom 1. April 1916 bis 31. März 1917, betragen:
für ein Einzel-Abonnement 12.—
für ein Familien-Abonnement:
die Hauptkarte 16.—
die 2 ersten Beikarten 2.—
jede weitere Beikarte 2.—

Für die bisherigen Aktionäre oder deren Rechtsnachfolger ist nach dem Vertrag zwischen der Stadt und der früheren Gesellschaft ein ermäßigtes Jahres-Abonnement für fünf Jahre zugestanden.

Diese ermäßigten Abonnementpreise für Aktieninhaber betragen:

für ein Einzel-Abonnement 8.—
für ein Familien-Abonnement:
die Hauptkarte 10.—
die 2 ersten Beikarten 2.—
jede weitere Beikarte 1.50

Andere Ausnahmen sind nicht zugelassen.

Die Hauptkarte berechtigt das Familienoberhaupt (eine Person), auf dessen Namen sie lautet, zum freien Eintritt und zum Bezug von Beikarten für die übrigen, dem Haushalte angehörenden Familienmitglieder (männliche nur unter 21 Jahren), sowie für im Dienste des Hauptkarteninhabers stehende begleitete anrichtungsbedürftiger Personen.

Semesterkarten für Studierende
werden zum Preise von 3.— ausgeben.

Abonnement für den Besuch des Aquariums:

Der Preis stellt sich für Aktionäre und Nichtaktionäre auf 2.—, jede Beikarte 1.—

Neuzukommenden Abonnenten wird der Besuch des Gartens schon vom 1. März an gestattet.
Anmeldungsformulare werden auf Wunsch portofrei zugesandt.
Frankfurt a. M., im Februar 1916.

Die Städtische Verwaltungsdeputation
des Zoologischen Gartens.

Die Direktion.

Bevor
Sie Ihren Bedarf an
**Konfirmanden- oder
Kommunikanten-Kleidung**
decken, besichtigen Sie bitte erst
die Auslagen und Lagerbestände
bei

H. Esders & Dyckhoff

Neue Kräfte 15-21 Frankfurt a. M. Ecke gr. Sandgasse

In unseren Verkaufsstellen frisch
vom Seeplatz eingetroffen:

Bratschellfische 62 Pfund
Mittel-Kabeljau 64 Pfund

Bratheringe Stück 18
Bismarckheringe Stück 18
Rollmöpse Stück 20
Sardinen Pfund 80
Schellfische in Gelee Pfund 80

Feinste geräucherte Bückinge
zum billigsten Tagespreis

Zum Versand ins Feld besonders geeignet:

Halberstädter Würstchen
in Dosen, enthaltend: 2 Paar
grosse Würstchen Dose 1.40
la Cervelatwurst Pfund 3.10
Makrelen in Tomaten Dose 95

Süsse, saftige Orangen

3 Stück 20, 28 und 35
Zitronen 2 Stück 15

Schade & Füllgrabe

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Dreher, Schlosser
Werkzeugmacher, Mechaniker

für dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen gesucht. Bei Bewerbungen bitten wir Alter und Willkürverhältnis anzugeben.

Motorenfabrik Oberursel A.-G. Oberursel
Frankfurt a. M.

Feiert euren Geburtstag

durch eine Spende!

Theaterplatz 14

Geburtstagsbureau (2).

Trinkt Frankfurter Bürgerbräu!

Bruchleidende

bedürfen kein so schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe
verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares,
auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst
verstellbares **Universal-Bruchband** tragen, das für
Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Gelenk entsprechend herstellbar ist.
Mein Spezial-Vertrieb ist am Donnerstag den 2. März, mittags von
3-5½, und Freitag den 3. März, morgens von 7½-9 Uhr abends in
Frankfurt a. M., Hotel Nassauer Hof (Bahnhof rechts) mit Rufen
vorerwählter Händler, sowie mit H. Gummi- und Lederhändlern, neuen
System, in allen Preislagen, anwesend. Muster in Gummi, Kängelb,
Leb- und Futtervorfallsbänder, wie auch Geradenhalter und Krampflöcher-
strümpfe liegen zur Verfügung. Neben sachgemäßer Verschönerung auch
gleichzeitig streng diskrete Bedienung.

J. Meiser, Konstant in Baden, Wessenbergstraße 15. Telefon 515.

100 Erdarbeiter
sollt gesucht.
Gewerkschaft Gustav
Tettingen am Main. 3556

10 wenig getragene
Maß-Anzüge
8 Hüter u. Paletots
billig abzugeben.
Sommerfeld
Schneiderei u. Reinigungs-
anstalt,
Schnurgasse 2, 2. St.
Gde. Badstraße.

Zu verkaufen:
Stoffe für 2 Knaben-Höschen, extra
hart, für 1.25, sehr gut.
Stoff für 2 Knaben-Höschen, neu, für
1.50. Weitere Stoffe f. Knab-
Anzüge, Herren-Anz., Kuris-Anz.
sehr preisw., 2 Stk. f. 3.50 u. 4.50.
M. Jansen, Neue Kräfte 23.

Tuch-Reste
Solennecken von 80 Pfennig an
Anzugstoffe von 1.60 an.
Gerrenstoffe billig. 01199
Katharinenpfote 7, 1. St.

Für Herren.
Gutpassende Anzüge f. 18, 20, 25,
30, 35, 40, 45.
Für Herren f. 15, 20, 25, 30 und
höher. Für Jünglinge f. 12, 15,
18, 20. Für Knaben f. 5, 6, 7,
8, 9, 10. 3529

Für Konfirmanden
f. 15, 18, 20, 25, 28, 30 u. höher.

Adolf Schönfeld
früher Fährgeß
jetzt Trierischgasse 5, 1. St.
gegenüber der Lederhalle,
Rein Baden.

Zeitungen, Altpapier,
Geschäftlicher, Schriftstücke
unt. Garantie des Einstands.

Alt-Gummi,
Eisen, Flaschen.
Alle Sorten Lampen, Glas,
Zink und andere Metalle
kaufen zu höchsten Preisen.

Holz ab.

Trapp, Gr. Seestr. 21
Postkarte oder Telefon:
Taunus 2049.

Biete große Vorteile durch
Erparung d. Ladenmiete u. dgl. Her-
stell. d. Ware. Herren- u. Konfir-
manden-Anzüge, schwarzblau, marone, jede
Größe vorrät. Gutes, weiches Material.
Haupt- u. Nebenstücke enorm
billig abzugeben. Berger Str. 107, 1. Etz.
Schneiderei. Anzüge werden auch nach
Maß mit u. ohne Stoff und Garantie
f. gut. Stk. billig angefertigt. 2884

Kriegsfarten
Atlas
enthaltend 10 Karten der ver-
schiedensten Kriegsschauplätze.
Handliches Taschenformat.
Große Maßstäbe, vielfarbige
Drucke.
Praktische Einbände.

Preis Mark 1.50.
(Porto 10 Pf.)

Buchhandl. Volksstimme
Frankfurt a. M.
Großer Biergarten 17.

L. Crecelius Ww.
Zigarrenhandlung
Höchst a. M., Königsplatz 24.

Wiesbadener Anzeigen.
Für Schuhmacher!

Militär-Abwehrabfälle
I. Qualität 80 Pf. per Pfd.
II. Qualität 30 Pf. per Pfd.
Militär-Abwehrabfälle jedes Stück ein
Oberleder, 2 Stk. per Pfd., ganz grobe
Häutlederabfälle 2 Stk. per Pfd.,
Häutleder 30 u. 60 Pf. per Pfd.

Hartmann, Wiesbaden, Nr. 42

Restaur. zum Andreas Hofer
Schwalbacherstrasse 59.
Vorzügliche Speisen und Getränke
Restauration zu jeder Tageszeit.
Besonderes empfehle mein schmales
Bereinslokal. Näheres 0607

Ludwig Stöcklein.